



FRANKREICH-INFO

Friedrich-Ebert-Stiftung

Bureau de Paris

41 bis, boulevard de

La Tour-Maubourg

75007 Paris

Tel : 00 33 (0)1 45 55 09 96

Fax : 00 33 (0)1 45 55 85 62

fes@fesparis.org

www.fesparis.org

REFERAT WESTLICHE INDUSTRIELÄNDER

September 2007

Nicolas Sarkozy - ein Prototyp der neuen europäischen Rechten?

Alain Bergounioux

Nicolas Sarkozys Bedeutung für die französische Rechte und die Rechtsparteien in Europa ist heute, drei Monate nach seinem Wahlerfolg, bedeutend klarer. Seine Ideen verhalfen ihm zum Sieg – so das allgemeine Postulat, das jedoch nur teilweise richtig ist. Zu einer politischen Ideologie gehört eine Strategie und in der heutigen Zeit eine entsprechende Kommunikation. Für eine klare Analyse der Sachverhalte müssen diese miteinander verwobenen Fäden entwirrt werden. Dabei muss man sich selbstverständlich vor der rückblickenden Illusion hüten, Sarkozys Diskurs sei klarlinig und kohärent gewesen. Eine politische Ideologie beruht auf einer mehr oder minder gelungenen „Bastelei“, die nicht nach Originalität, sondern nach Effizienz trachtet.

Die Grundlage für seine Strategie legte Nicolas Sarkozy bereits 2001 mit seinem Buch „Libre“. Für sein Scheitern bei den Europawahlen 1999 macht er die mangelnde Lesbarkeit der Rechten verantwortlich, die sich in ihre Aussage nicht eindeutig von den Sozialisten differenzierte und gleichzeitig der Front National, die 1995 bei den Präsidentschaftswahlen 15 % und 7 Jahre danach gut 16 % der Stimmen erreichte, erheb

liches Terrain überließ. In den Jahren nach dem vorprogrammierten Wahlsieg Jacques Chiracs 2002 konzentrierte Nicolas Sarkozy sich darauf, einen Ideenkorpus für eine „komplexfreie Rechte“ zu schaffen. Sein Glück – und Chiracs Pech, wenn er Nicolas Sarkozy wirklich dauerhaft als Nachfolger ausschalten wollte – bestand in seiner Ernennung zum Innenminister. Während seiner knapp vierjährigen Amtszeit gelang es ihm, als Verfechter der Ordnung und der damit einhergehenden Werte wahrgenommen zu werden und diese Dimension ist bei der Rechten und extremen Rechten von besonderem Stellenwert. Er konnte die Echtheit seiner Aussagen gewissermaßen durch sein Handeln bezeugen.

Ein Projekt im Rahmen des europäischen Konservatismus

Die durch Nicolas Sarkozy ausgelöste Fortentwicklung der französischen Rechten ist jedoch im Zusammenhang mit einer breiteren Bewegung in Europa zu sehen. Die großen konservativen Parteien konstruierten ihren Diskurs und ihr Programm um vier Themen:

- Wirtschafts- und sozialpolitischer Liberalismus, allerdings in der Form eines Management-Liberalismus, weniger radikal als in den Achtziger Jahren konzipiert;

Alain Bergounioux ist Leiter der Studienabteilung der Parti Socialiste (Secrétaire national du Parti Socialiste aux Etudes)

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

- Dezidierte Sicherheits- und Zuwanderungspolitik;
- Verfechtung traditioneller moralischer Werte und Anerkennung der Rolle der Kirchen und Religion;
- Wertschätzung der nationalen Identität.

Die spezifische Ausprägung dieser Themen hängt von der politischen Situation und dem vorherrschenden Kräfteverhältnis ab, aber sie sind die zentralen Bausteine für die Definition der Rechten von heute. Dieses Projekt stand am Anfang der Gründung der „Union pour une Majorité Populaire“ (UMP) durch Jacques Chirac und Alain Juppé 2002. Mit dem Instrument der UMP übernahm Nicolas Sarkozy 2004 auch dieses Projekt, verlieh ihm jedoch schärfere und klarere Züge. Der von ihm geforderte „Bruch“ versteht sich in erster Linie im Zusammenhang mit dem „linken Einheitsdenken“, aber auch im Vergleich zu der von Jacques Chirac vertretenen „Mäßigung“.

Ein Diskurs des Individualismus

Anfänglich konzentrierte Nicolas Sarkozy seinen Diskurs auf einige seit 2002 unablässig wiederholten Werte wie Leistung, Arbeit, Respekt und Autorität, Wille, Solidarität (aber nicht Wohlfahrt), Vaterland. Wirtschaftlicher Liberalismus wurde von Sarkozy nicht thematisiert, abstrakte Begriffe wurden tunlichst vermieden. Die Beschreibung seiner wirtschaftspolitischen Anschauungen blieb einem Fachpublikum vorbehalten. Als Kandidat und auch als Präsident, der dauerhaft Kampagne macht, fokussiert er sich in seinen Aussagen auf den Einzelnen. Er vertritt im Wesentlichen eine Gesellschaft der Individuen, in der das Kollektiv gering geschätzt und oftmals als Zwang dargestellt wird.

Das Kernprinzip ist die Anerkennung der individuellen Leistung. Wer Leistung erbringt, soll belohnt werden. Leistung ist mit den Begriffen Arbeit und Risiko verknüpft. Leistung wird einerseits durch Arbeit und Einsatz und andererseits durch Risikofreude

bewiesen. Nicht die Umverteilungslogik sondern die Unterstützung des sozialen Aufstiegs steht im Mittelpunkt. Dies ermöglicht eine virulente Kritik gegen den Wohlfahrtsgedanken und den Egalitarismus, die dem Sozialismus zugeschrieben werden. Aus diesen Grundgedanken ergibt sich die Wertschätzung von Eigentum. Jeder Franzose soll danach streben. Eigentum entsteht durch Arbeit. Eigentum festigt die Familie und sollte frei vererbt werden können. Die Schwerpunkte in Nicolas Sarkozys Wahlprogramm sind aus dieser politischen Logik abgeleitet: „Mehr arbeiten und mehr verdienen“ dank der Steuerbefreiung für Überstunden, die fast vollständige Abschaffung der Erbschaftssteuer, Steuerfreibeträge für Immobiliendarlehen, „Entscheidungsfreiheit“ beim Ruhestandsalter, Aufhebung der Schulsprengel. Diese Werte und Angebote fanden eindeutig Widerhall bei den Wählern der Rechten und der extremen Rechten, aber auch bei liberalen und protestorientierten Konservativen, die dem Solidarprinzip misstrauen und dem Steuersystem kritisch begegnen, selbst wenn die rechtsextreme Wählerschaft vorrangig auf Schutzmechanismen bedacht ist.

Ein weiteres, verschiedene Wählergruppen einigendes Element war das Versprechen von Ordnung. Nach der liberal-konservativen Tradition ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Voraussetzung für die Realisierung der Freiheit. Die Verantwortung für Verfehlungen liegt zunächst beim Einzelnen und nicht bei der Gesellschaft. Nicolas Sarkozy machte einer – weitgehend erfundenen - sozialistischen „Permissivität“ den Prozess, die nach 1968 in Mode gekommen sei. Er war und ist bestrebt, die Probleme der Gesellschaft auf eine Krise der Autorität und der Moral zu reduzieren. Als Innenminister setzte er auf Repression und ersetzte die von der Jospin-Regierung geschaffene Nachbarschaftspolizei durch eine „Festsetzungspolizei“. Gesetz folgte auf Gesetz. Die Zuwanderungsthematik wurde ebenso aktiv bearbeitet. Der Gedanke einer „gewählten Zuwanderung“ vermittelt den Eindruck einer besseren

Steuerung. Durch das Verknüpfen von Zuwanderung und nationaler Identität während der Wahlkampagne und in der Regierung verleiht er seinem Diskurs zur Nation ein Element der Abschließung.

Sarkozys persönlicher Stil

Diese zwei inhaltlichen Komplexe, die in allen großen europäischen Rechtsparteien die beiden wesentlichen Pole bilden, wurden von einem persönlichen Stil getragen und ausgeprägt. Nicolas Sarkozy inszeniert einen Diskurs des Willens. Er entfernt sich von einem Verständnis der Rolle des Präsidenten als einer Person, die, wenn sie schon nicht als Schiedsrichter agiert – kein Präsident der V. Republik trat als solcher auf – so doch über den Niederungen des Parteiengozänks steht. Vielmehr verteidigt er eine stark präsidential geprägte institutionelle Praxis. Seit seiner Wahl wird die Personalisierung der Macht mit Systematik betrieben. Dieses „verkörpernde“ Politikverständnis veranlasst ihn dazu, die direkte Verbindung zu den Bürgern zu suchen und die zwischengeschalteten Instanzen in eine Nebenrolle zu drängen. Sarkozy knüpft damit an eine politische Tradition an, die sich als bonapartistisch bezeichnen lässt, vom Gaullismus durch die Verschmelzung mit der Demokratie verlängert wurde und die die politische Macht und die Zentralität des Staates in den Vordergrund stellt. Nicolas Sarkozy vertritt die Vision eines Gesellschaftswandels von oben und entdeckt damit die Thematik der „übergeordneten Interessen“ wieder, die den Rest der Gesellschaft mit verpflichten. Dies erklärt die sehr moderate Bezugnahme auf die lokale Demokratie, die Gewerkschaften und Vereinsstrukturen und auf das Prinzip der „*checks and balances*“ (wie es von echtem liberalem Gedankengut vertreten wird).

Der Vollständigkeit und der Objektivität halber müssen die Nuancen und Abänderungen dargestellt werden, die Nicolas Sarkozy seinem Kerndiskurs während des Wahlkampfes und in den Monaten danach hinzugefügte. Mit der Aussicht auf eine Reform der „doppelten Strafe“ (Ausweisung

straffällig gewordener Ausländer), auf das kommunale Wahlrecht für legale Zuwanderer (diese Idee wurde rasch fallen gelassen), auf ein Programm für Alzheimerkranke und anderes sendet er Signale, die seinen Vorschlägen zur Autorität und Ordnung an Schärfe nehmen. Während der entscheidenden Wahlkampfmonate bezog sich Sarkozy immer wieder auf historische Persönlichkeiten der Linken wie Jean Jaurès und Léon Blum, um eine integrativere Version der nationalen Geschichte zu formulieren. Als neu gewählter Präsident wandte er sich für die Bildung seiner Regierung – sowohl vor wie nach den Parlamentswahlen – auch an Persönlichkeiten aus der Linken und veranlasste die pluralistische Besetzung von Regierungskommissionen. Nicolas Sarkozy ist ein Verfechter der „triangulation“ nicht nur bei Ideen, sondern auch bei Personen! Dahinter steckt die strategische Überlegung, wenn schon nicht den gesamten politischen Raum, so doch möglichst viel Raum zu besetzen, um die Entwicklung eines oppositionellen Zentrums zu verhindern – François Bayrou bekam im ersten Wahlgang immerhin 7 Millionen Stimmen – und die Linke in einer Minderheitsposition zu halten.

Mit dieser kurzen Analyse seines politischen Diskurses kann aufgezeigt werden, welche Position Nicolas Sarkozy innerhalb der europäischen Rechten einnimmt. Bei konkreten Regierungsmaßnahmen orientiert er sich zwar an einem Managements-Liberalismus, aber dieser Liberalismus ist vom Siegel des Sozialkonservatismus geprägt: Es werden die „übergeordneten Interessen“ privilegiert, bei denen vom freien Wettbewerb nicht die Rede sein kann. Die Aushöhlung der kollektiven Schutzmechanismen gilt hauptsächlich für die abhängig Beschäftigten. Gleichzeitig wird auf der Zentralität des Staates und der politische Macht bestanden. Dies betrifft nicht nur den Bereich staatlicher Politik und Institutionen, sondern ist auch im Bezug auf die Aktivitäten der großen Unternehmen spürbar. Die Förderung des Einzelnen geht einher mit einem hierarchisierten Gesellschaftskonzept. Der Zentralstaat bleibt der Dreh- und

Angelpunkt, wie durch die derzeitige extreme Personalisierung der Macht bestätigt wird. Dazu kommt eine Strategie der politischen Hegemonie mit dem Ziel, die Oppositionskräfte zu spalten und dadurch dauerhaft zu schwächen. Die Voraussetzung für eine derartige Steuerung der politischen Debatte besteht in der Hervorhebung von Werten und einer auf das Affektive und Spektakuläre abzielenden Ausübung der politischen Macht (statt einer Konfrontation der Ideen). Diese Politik beruht auf der Orientierung an dem „Reelen“ und der Bekräftigung von Überzeugungen, die in der politischen und moralischen Kultur Frankreichs verwurzelt sind.

Welche Antwortstrategien gibt es?

Angesichts dieses politischen Konstrukts handelt es sich zunächst einmal darum, seine Widersprüche herauszuarbeiten und zu betonen. Kann man das Postulat der Liberalisierung und Innovation wirklich auf eine - bei näherer Betrachtung - traditionelle Rhetorik und politische Praxis aufbauen? Die starke Machtkonzentration, die engen Bande mit der „Business Community“ stehen im Gegensatz zu den positiven Aspekten des Liberalismus. Die Steuerbefreiung für Vermögenswerte ist der klare Beweis dafür. Das individualistische Versprechen ignoriert

willentlich, dass wahrhafte „Chancengleichheit“ nur dann möglich ist, wenn der Staat die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen schafft - bei der Ausbildung, dem gegenseitigen Schutz gegen Unwägbarkeiten, der Begrenzung der Rolle von ererbten Vermögen. Ansonsten entsteht eine stark hierarchisierte Gesellschaft aus erstarrten und nach außen abgeschotteten Gruppen, in der die Gleichheit imaginär bleibt. Außerdem müssen die Sozialisten intelligente Opposition betreiben und dabei zwei Ebenen verfolgen. Zuerst muss Nicolas Sarkozy hinsichtlich der Umsetzung seiner Prinzipien und Versprechen beim Wort genommen werden. Das bedeutet, auch eventuelle Erfolge als solche anzuerkennen und sich nicht in einen denkfaulen Antiliberalismus zu flüchten, der glaubt, mit der bloßen Nennung des Begriffs bereits alles gesagt zu haben... Dann müssen wir angesichts des neuen dominierenden Diskurses der Rechten unsere Themen erneuern und unsere Vorschläge präzisieren, um dadurch hervorzuheben, was von Nicolas Sarkozy negiert oder gering geschätzt wird, nämlich die Solidarität, die Rolle der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften, die Unabhängigkeit der Medien, die Dezentralisierung, der faire Wettbewerb. Kurz gesagt, alle Elemente, die für eine Teilhabe aller, und nicht einiger weniger an der Freiheit unerlässlich sind.